des Verhältnisses gegenseitigen Vertrauens, als welches das Septennat sich darstellt, das Princip des Mißtrauens und den Machtkampf gesetzt. Selbst das Fundament des Reiches, der Grundstein seiner Existenz, die Vertheidigung des Vaterlandes, bildet für die um den Welfen geschaarte Mehrheit des Reichstages keine Schranke, auch dieses Gebiet wird sonder Scheu zum Schauplatz parlamentarischer Machtkämpfe gemacht. Man versucht, das patriotische Interesse der verbündeten Regierungen und Sr. Majestät des Kaisers an der Wehrhaftigkeit Deutschlands zur Herstellung des parlamentarischen Regiments zu mißbrauchen. Die von Herrn Windthorst geleitete Mehrheit will den zu Recht bestehenden Einfluß des Kaisers auf die Armee und ihre Organisation schwächen und den Schwerpunct der Entschließung mehr und mehr in das Parlament legen. Der erste Schritt auf diesem Wege ist die Ablehnung des Septennats, das Ende bedeutet die Verwandlung des kaiserlichen Heeres in ein Parlamentsheer!

Und nicht einmal die Entschuldigung steht der Mehrheit zur Seite, nicht gewußt zu haben, was die Verwerfung des Septennats bedeutet. Mit der unzweideutigsten Klarheit hat Fürst Bismarck gleich in seiner ersten Rede die schwerwiegende Tragweite der Entscheidung und die Nothwendigkeit dargelegt, an dem Septennat festzuhalten. Niemand konnte daran zweifeln, daß der Angriff auf dasselbe den Beginn einer Aera schwerer innerer Kämpfe bedeutet, Niemand kann darüber zweifelhaft sein, daß Conflicte solcher Art für ein junges und complicirtes Staatswesen, wie das deutsche Reich, noch ungleich gefährlicher sind als einst für Preußen. Das wußte die Mehrheit so bestimmt wie möglich, und doch stimmte sie, wie immer verschieden ihre Theile sonst politisch sich stellen, geschlossen gegen das Septennat! Die Absicht liegt daher klar zu Tage: man will Machterweiterung um jeden Preis, mag dabei auch das Reich den schwersten Schaden leiden! Was ist den Herren Windthorst, Richter und Grillenberger das Reich, was Deutschland und seine Einheit, wenn sie nur ihren Einfluß erweitern können.

Genügt man, daß Herr Windthorst mit dem Endziel der Wiederherstellung des Welfenreiches es ist, welcher den Feldzug gegen das Septennat leitet, und daß Welfen, Protestler, Polen und Socialdemokraten die Entscheidung gegen dasselbe herbeiführen, so wird man selbst der Ueberzeugung sich nicht verschließen können, daß ein Theil der Mehrheit direct einen Schlag gegen die Festigkeit des Reichs beabsichtigt und der andere Theil sich zu Handlangern und Gehilfen solcher Bestrebungen hergiebt. Die von Herrn Windthorst geführte Mehrheit des Reichstags will den Kampf, sie soll ihn haben! Mit Gott für Kaiser und Reich, heißt der Kampfruf, der Sieg wird nicht fehlen!

Die „Nationalliberale Correspondenz" führt Folgendes aus:

„Die Entscheidung ist gefallen. Sie wollten die Noth und Gefahr des Vaterlandes zu einem Gewinn für die parlamentarische Machterweiterung ausnutzen, und dieser Versuch wurde mit vollem Recht zurückgewiesen. Die Mehrheit des Reichstags hat das Militairgesetz in einer Gestalt, die unannehmbar war, weil sie die letzte Gesundmachung unseres Reichs, die Schutzwehr unserer nationalen Existenz, unausgesetzten Parteien und Wahlkämpfen preisgegeben haben würde und die Sicherheit des Vaterlandes auf den guten Willen und Patriotismus einer parlamentarischen Mehrheit anwies, zu deren nothwendigen Bestandtheilen nicht nur die Ultramontanen und die Fortschrittspartei, sondern auch die Socialdemokraten, Polen, Welfen, Elsaß-Lothringer u. s. w. gehörten. Den „letzten Mann und den letzten Groschen" haben sie bewilligt, aber unter der Bedingung, daß sortan die Politik des deutschen Reichs von den Wünschen der Ultramontanen und Demokraten abhängig werde. Das hat der Reichskanzler mit dem deutlichen Ausdruck: „Kaiserliches Heer oder Parlamentsheer" bezeichnet, einem Ausdruck, der in der That kurz und treffend andeutet, um was gekämpft wird. Es handelt sich keineswegs um die Aufrechterhaltung bestehender Volks- und Parlamentsrechte; sie hat der Reichstag das Recht einer alljährlichen oder dreijährigen Heeresbewilligung betreffen, sondern es handelt sich um eine Machterweiterung des Parlaments, die uns mit der Gefährdung der Festigkeit und Sicherheit unseres Heerwesens zu theuer erkauft ist. Möge das Volk jetzt darüber urtheilen!

## Leipzig, 16. Januar 1887.

* **Die kaiserliche Verordnung**, betreffend die Wahlen zum Reichstag, lautet:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen rc., verordnen auf Grund der Bestimmung im §. 14 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869, im Namen des Reichs, was folgt:

Die Wahlen zum Reichstag sind am 21. Februar 1887 vorzunehmen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben, Berlin, den 14. Januar 1887.

(L. S.) gez. Wilhelm.
gegz. v. Bismarck."

* **Der 14. Januar hat in der Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs schon einmal eine bedeutende Rolle gespielt**, es war der Tag, an welchem der König von Preußen im Jahre 1871 den deutschen Fürsten und freien Städten seine Bereitwilligkeit zur Annahme der Kaiserwürde in folgendem Actenstücke erklärte:

„Durchlauchtigster Fürst, freundlich lieber Vetter und Bruder!

Nachdem Ew. Königliche Majestät (Hoheit) in Gemeinschaft mit der Gesammtheit der deutschen Fürsten und freien Städte die Aufforderung zur Herstellung der deutschen Kaiserwürde Mir haben zugehen lassen, danke Ich Ew. Königlichen Majestät für diesen Beweis Ihres Vertrauens und halte für eine Mir gegen das gemeinsame Vaterland obliegende Pflicht, dem an Mich ergangenen Rufe Folge zu leisten.

Ich nehme die Deutsche Kaiserkrone an, nicht in dem Sinne der Machtansprüche, für deren Verwirklichung in den ruhmvollsten Zeiten unserer Geschichte die Macht Deutschlands zum Schaden seiner inneren Entwicklung eingesetzt wurde, sondern mit dem festen Vorsatze, so weit Gnade giebt, als deutscher Fürst der treue Schirmherr aller Rechte zu sein und das Schwert Deutschlands zum Schutze desselben zu führen.

Deutschland, stark durch die Einheit seiner Fürsten und Völker, hat seine Stellung im Rathe der Nationen wiedergewonnen, und das deutsche Volk hat weder das Bedürfniß noch die Neigung, über seine Grenzen hinaus etwas Anderes als den auf gegenseitiger Achtung der Selbständigkeit und gemeinsamer Förderung der Wohlfahrt begründeten Verkehr der Völker zu erstreben.

Sicher und befriedigt in sich selbst und in seiner eigenen Kraft, wird das Deutsche Reich, wie Ich vertraue, nach siegreicher Beendigung des Krieges, in welchen ein unberechtigter Angriff uns verwickelt hat, und nach Sicherstellung seiner Grenzen gegen Frankreich ein Reich des Friedens und des Segens sein, in welchem das deutsche Volk finden und genießen wird, was es seit Jahrhunderten gesucht und entbehrt hat. Mit der Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und treuen Freundschaft verbleibe Ich Ew. Königlichen Majestät freundwilliger Vetter und Bruder Wilhelm."

Gerade im Hinblick auf die gegenwärtigen Vorgänge erscheint die Erinnerung an diese Kundgebung um so bedeutsamer, weil sie aus einer Zeit stammt, in welcher das deutsche Volk in allen seinen Theilen einig war. Möge es eine gute Vorbedeutung sein, daß der 14. Januar eine Entschließung herbeiführte, von der alle patriotisch gesinnten Deutschen hoffen, daß sie unserem Volke eine neue Periode ungetrübter Einigkeit bringen möchte.

* In der am 13. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers Staatssecretair des Innern von Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung ertheilte der Bundesrath dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend einige auf die Marine bezüglichen Abänderungen und Ergänzungen des Gesetzes vom 27. Juni 1871 über die Pensionirung und Versorgung der Militairpersonen, dem Entwurf einer Verordnung über die Militair-Transport-Ordnung für Eisenbahnen im Kriege nebst dem Entwurf eines Militair-Tarifs für Eisenbahnen, dem Gesetzentwurf über die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschiffahrt betheiligten Personen, endlich dem Entwurfe eines Gesetzes, betreffend den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, die Zustimmung. Mit der bereits erfolgten Ueberweisung des abgeänderten Statuts für das kaiserlich deutsche archäologische Institut an die Ausschüsse für Justiz- und für Rechnungswesen, sowie der Gesetzentwürfe für Elsaß-Lothringen über die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Feld- und der Fährpolizei und über die Versetzung erkrankter Richter in den Ruhestand an die Ausschüsse für Justizwesen und für Elsaß-Lothringen erklärte sich die Versammlung einverstanden und beschloß, den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Rechtsverhältnisse der Beamten und Lehrer und den Gesetzentwurf über die Feststellung des Landeshaushalts-Etats von Elsaß-Lothringen für 1887/88 den Ausschüssen für Justiz- beziehungsweise für Rechnungswesen und für Elsaß-Lothringen zur Vorberathung zu übergeben. Zum Schluß legte der Vorsitzende eine Zusammenstellung der Geschäfte des Bundesamts für das Heimathwesen im Geschäftsjahre 1885/86 vor.

* Ueber den Eindruck, welchen die Reden des Reichskanzlers auf das Ausland hervorgebracht haben, schreiben die „Berliner Politischen Nachrichten" officiös:

Wie wir schon constatiren konnten, läßt sich die Meldung des Telegraphen, daß der Eindruck, welchen die Reden des Reichskanzlers Fürsten Bismarck in Paris hervorgebracht haben, dem Frieden zu Gute komme, nur mit erheblichen Einschränkungen als richtig anerkennen. Die Besprechungen der tonangebenden republikanischen Preßorgane gipfeln allerdings in der Argumentation: Deutschland wird Frankreich unter keinen Umständen angreifen, bei uns denkt Niemand daran, über Deutschland herzufallen, also ist der Friede über alles Zweifel erhaben. Man acceptirt bereitwillig die bezüglich Deutschlands vom Fürsten-Reichskanzler abgegebene Versicherung, leugnet das Vorhandensein eigener kriegerischer Gelüste und baut daraus den erwähnten Schluß. Noch wie vor aber wird dem französischen Publicum verschwiegen, was die eigentliche und Hauptsorge der deutschen Politik bildet, nämlich die unberechenbare Wandelbarkeit des französischen Temperaments und die daraus für Deutschland erwachsende Nöthigung, stets die Hand am Schwertgriff zu behalten. Zwischen dem friedfertigen Programm der gegenwärtigen Regierung in Paris und den nicht minder friedfertigen Gesinnungen Jacques Bonhomme's dehnt sich nach wie vor ein unausgefüllt bleibender Zwischenraum, der den Apostels des Chauvinismus und den Priestern des sacro fou de la revanche zum schauderlosen Tummelplatze übergeben ist. Und hier sucht der deutsche Reichskanzler mit Recht den Ursprung jener energischen Minoritäten, welche geistreichelnd die Herrschaft der französischen Gelüste an sich reißen und Frankreich zum willenlosen Object und Werkzeug ihrer abenteuerlichen Experimente machen. Mit einer Argumentation, welche, auf der äußersten gar nicht bestrittenen Friedensstimmung des in Paris am Ruder befindlichen Cabinets fußend, die deutsch-französischen Beziehungen als äußern Schattens entkleidet sehen will, ist für uns daher so lange nichts anzufangen, als die Publicisten an der Seine über den springenden Punct der reichskanzlerischen Erläuterungen mit einer fallschwingenden Verständnißinnigkeit hinwegschlüpfen, welche gerade den schlagendsten Beweis dafür erbringt, daß unser leitender Staatsmann die Stelle richtig erkannt und gekennzeichnet hat, wo die Zündschnur der deutsch-französischen Kriegsmine belegen ist. Würde man sich zur Hinwegräumung der Zündschnur selbst entschließen können — ja dann möchten in Deutschland auch noch andere Leute als die Gesellschaft der Herren Windthorst-Richter-Grillenberger sich um Glauben an die Aufrichtigkeit der französischen Friedensliebe nirgends bekehren können. Eher nicht.

* Der neuernannte englische Schatzamtskanzler Goschen wird bereits der Gegenstand der heftigsten Angriffe seitens eines Mitgliedes der Radicalen. Der radicale Parlamentsabgeordnete Labouchere griff in einer im Dutzinee Mansion-House gehaltenen Rede ihn heftig an. Er sagte: „Die englische Presse rühmt fortwährend Herrn Goschen als einen der fähigsten und besten Patrioten. Ich habe diese Eigenschaften noch nie an ihm entdecken können. Als Theilhaber der Firma Frühling und Goschen gab er wucherische Obligationen, sogenannte egyptische, aus. Dann ging er nach Egypten, um die Egypter zu zwingen, Wucherzinsen auf diese Obligationen zu zahlen, und, Dank den Herren Frühling und Goschen und besonders dem Herrn Goschen selbst, ist eine Menge Blut und Geld verschwendet worden, um die Selbständigkeit Egyptens zu vernichten, damit das Land Jahr aus Jahr ein diese Zahlungen innehält. Und was hat Goschen sonst gethan? Er ist gegen die Erweiterung des Stimmrechts gewesen und hat niemals dem Volke auch nur im Geringsten vertraut."

* Der gesetzgebende Rath von Natal hat die Jahrespension des Häuptlings Langalibalele von 500 Lstrl. auf 50 Lstrl. herabgesetzt, und ihm die Erlaubniß ertheilt, nach Natal zurückzukehren und dort unter Beaufsichtigung zu leben. — In Natal eingegangene Privatnachrichten aus England erwähnen der wahrscheinlichen Ernennung einer königlichen Commission zur Untersuchung der Angelegenheiten von Zululand, Swaziland und Pondoland.

* Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat die Bildung eines Departements für Ackerbau und Arbeiterangelegenheiten genehmigt. — Der Senat hat in geheimer Sitzung eine Resolution angenommen, welche den Präsidenten Cleveland ermächtigt, mit Nicaragua in Unterhandlungen zu treten, um die Concession zum Bau des vorgeschlagenen interoceanischen Canals zu erlangen. — Zur Verhinderung der Einführung von Kulis in die Vereinigten Staaten hat das Staatsdepartement Unterhandlungen mit China angeknüpft. Zu jenem Zweck wird auch ein amendirter Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und China binnen Kurzem dem Senat zur Genehmigung unterbreitet werden.

## Aus Böhmen.

* Wiewohl die deutschen Vertreter aus dem böhmischen Landtag mit Ausnahme des Abgeordneten Hubert bekanntlich ausgeschieden sind, so kam es dennoch in der letzten Sitzung zu einer erregten Sprachendebatte. Diese entspann sich zwischen Jung- und Alt-Czechen, weil letztere den Jungen in nationaler und sprachlicher Beziehung nicht energisch genug scheinen.

Den Anlaß zu der langen und heftigen Polemik zwischen den beiden genannten czechischen Parteien gab die Berathung des Organisations-Statuts für die neu zu errichtenden landwirthschaftlichen Haushaltungsschulen, in welche Landmädchen, die in den Volksschulen gute Fortschritte gemacht und mindestens 15 Jahre alt sein müssen, als interne Zöglinge für ein Jahr aufgenommen und in denselben theoretisch und praktisch in allen Zweigen der ländlichen Hauswirthschaft ausgebildet werden sollen.

Obgleich nun der ganze Landtag in sachlicher Beziehung mit dem Statut einverstanden war, wurde von dem Führer der Jungczechen, Dr. Gregr, dennoch der §. 4 beanstandet, welcher festsetzt, daß die Unterrichtssprache von den Gründern dieser Schulen festgesetzt werde, welche auch als die rechtmäßigen Eigenthümer derselben zu betrachten seien. Der jungczechische Führer beantragte dagegen die Fassung, daß in diese Schulen nur solche Mädchen aufgenommen werden, welche schon vor ihrem Eintritte der betreffenden Unterrichtssprache vollkommen mächtig seien, weil sonst diese Schulen, in denen Deutsch unterrichtet werde, leicht zu Germanisationszwecken dienen könnten, welchen man in Böhmen die kräftigsten Riegel vorschieben müsse. — Gegen diesen Antrag erhoben sich fünf altczechische Redner, darunter auch Professor Kwiczala. Dieser erklärte, daß das, was für die Volksschulen gelte, nicht auch für Fortbildungsschulen giltig sein müsse, ja er empfehle, daß man es im vorliegenden Falle den Mädchen, beziehungsweise ihren Eltern, überlassen soll, welche landwirthschaftliche Haushaltungsschule die ersteren besuchen wollen. Auch der Altczechen-Führer Rieger sprach sein Bedauern darüber aus, daß selbst nach dem Austritte der deutschen Abgeordneten aus dem Landtage der nationale Streit von Dr. Gregr im Hause wieder erneuert werde. Böhmen sei ein Land zweier Volksstämme; man muß es sich daher angelegen sein lassen, eine versöhnlichere Zukunft vorzubereiten, die Gegensätze zu mildern und die beiden Nationalitäten gegen einander verträglicher zu stimmen. „Wir müssen Das suchen", sagte Rieger wörtlich, was uns verbindet, aber nicht Das, was uns trennt. Wer für die nationale Abschließung wirkt, trägt zur Zerreißung des Landes bei." Nachdem noch der Jungczeche Tuma gegen die Ausführungen Kwiczala's und Rieger's eine heftige Rede losgelassen hatte, wurde zur Abstimmung geschritten, bei der die Jungczechen mit nur acht Stimmen in der Minderheit blieben.

Wiewohl dem böhmischen Landtag schon seit Jahren vom Grafen Clam-Martinitz und Professor Kwiczala zwei Schulsprachen-Anträge vorliegen und der Landesausschuß kürzlich einen dritten Entwurf vorgelegt hat, so ist dennoch vom czechischen Landtagsclub ein neuer Schulsprachen-Gesetzentwurf eingebracht worden, der als eine Correctur des Clam'schen Antrages erscheint. Dieser verlangte, daß an allen Mittelschulen in Böhmen der Unterricht der anderen Landessprache, beziehungsweise der deutschen oder czechischen, als facultativer Lehrgegenstand eingeführt werden soll. Die sogenannte lex Kwiczala bestimmte, daß alle Volksschulen nur Kinder ihrer nationalen Zugehörigkeit aufnehmen sollen, was aber von der Regierung als ein unberechtigter Eingriff in das Elternrecht abgelehnt wurde. Der Gesetz-Entwurf des Landes-Ausschusses fordert den Unterricht in der anderen Landessprache an den vollständigen Volksschulen. Der nur kurz gefaßte Entwurf des Czechen-Clubs bestimmt, daß an allen vom Staate ganz oder theilweise erhaltenen Mittelschulen der Unterricht in der anderen Landessprache als obligater Lehrgegenstand für alle Schüler eingeführt werden soll, deren Eltern oder Vormünder nicht um Befreiung ansuchen. An Gemeinde- und Privatschulen soll die Bestimmung den Erhaltern derselben zufallen. In beiden Fällen soll der Landesschulrath als letzte Berufungsinstanz entscheiden. Wie man indeß aus Prag meldet, glaubt man dort allgemein, daß in der gegenwärtigen Landtagssession keiner dieser vier Gesetzentwürfe zur Plenarberathung und Erledigung gelangen wird.

Weil wir schon von dem Schulwesen Böhmens sprechen, so sei noch der vor einigen Tagen erschienene 6. Jahresbericht des czechischen Schulvereins „Ustredni matice skolska" erwähnt. Nach dem uns vorliegenden Berichte deutscher Prager Blätter hat der genannte Verein im abgelaufenen Verwaltungsjahre die Summe von 198,887 fl. dem czechischen Schulwesen gewidmet. Unter den außerordentlichen Einnahmen werden Spenden patriotischer Damen, der Czechen in Amerika und namhafte Legate aufgeführt. Da die Einnahmen des Vereins in den ersten 5 Jahren im Ganzen 800,000 fl. betrugen, so hat derselbe in den 6 Jahren seines Bestandes bereits eine volle Million Gulden aufgebracht und dem czechischen Schulwesen in den deutschen und gemischten Bezirken gewidmet. Unter den vom Vereine erhaltenen Schulen steht obenan das czechische Unter-Gymnasium in Troppau für die czechischen Schüler in Schlesien. Die Einnahmen und Aufwendungen des czechischen Vereins übertreffen verhältnißmäßig sogar die Leistungen des deutschen Schulvereins, wenn man bedenkt, daß die Czechen in Böhmen und Mähren 5,200,000 Köpfe zählen, wogegen die Deutschen in Oesterreich sich auf mehr als 8 Millionen belaufen und der deutsche Schulverein vom Auslande ungleich größere Spenden erhält. Dieses Mißverhältniß zu Ungunsten des deutschen Schulvereins in Oesterreich ist besonders in der feindseligen Haltung des Klerus gegen alle deutschnationalen Zwecke zu suchen, wodurch der deutsche Schulverein in der Bevölkerung der Alpenländer, besonders im Salzkammergute, in der Steiermark, in Kärnthen und Tirol, wo die Landgemeinden ganz unter dem Einfluß des Klerus stehen, nicht recht Wurzel zu schlagen vermag. In Krain, Istrien und im ganzen österreichisch-adriatischen Küstenlande haben überdies die Bestrebungen des deutschen Schulvereins nicht allein mit der Gegnerschaft des Klerus, sondern auch mit der deutschfeindlichen slawischen und italienischen Agitation zu kämpfen, gegen welche die in geringer Minderzahl befindlichen Deutschen jener Provinzen nur schwer etwas ausrichten können.

Schließlich sei noch eine Nachricht aus Prag erwähnt, welche im Hinblick auf die gegenwärtige politische Lage kaum verfehlen dürfte, Aufsehen zu erregen. Nachdem die literarische Gesellschaft in Moskau, wird uns aus Prag geschrieben, sich lange Jahre vergeblich bemüht hatte, hier ein czechisches Blatt zu gewinnen oder zu gründen, das nicht nur gleich den jungczechischen Blättern russophile Gesinnung nähren, sondern sowohl auf national-politischem als kirchlichem Gebiete direct für Rußland Propaganda machen würde, ist es derselben endlich gelungen, ein solches Blatt ins Leben zu rufen. Seit Anfang dieses Monats erscheint nämlich in Prag unter der Leitung von Dr. Franz Skreischowsky, einem Bruder des verstorbenen czechischen Publicisten J. S. Skreischowsky, mit russischer Subvention eine Halbmonat-Zeitschrift „Vychod" (Osten), die auf nationalem wie auf kirchlichem Gebiete für Rußland und die griechisch-orientalische Kirche als die panslawistische Kirche der Zukunft Propaganda zu machen sucht. Von der altczechischen Presse wird dieses Zweiwochenblatt bisher noch vollständig ignorirt. Wird es aber, wie vorauszusehen, gegen die altczechische Parteileitung angriffsweise vorgehen, dann dürfte es zu sehr interessanten Gegensätzen, Anklagen und Enthüllungen kommen. Einen größeren Erfolg haben jedoch derartige russisch-propagandistische Versuche in Böhmen nicht zu erwarten, weil die Masse des czechischen Volkes dafür weder Verständniß noch Neigung besitzt. Was bei der großen sprachlichen, religiösen und culturellen Verschiedenheit zwischen Czechen und Russen solche propagandistische Versuche eigentlich bezwecken sollen, ist wirklich vernünftigerweise gar nicht abzusehen.

## Die Städtischen Gasanstalten.

* Leipzig, 14. Januar. Mit dem zum ersten Male erschienenen gedruckten Betriebsbericht der Gasanstalten für das Jahr 1885 war eine Darlegung gegeben, die einen genauen Einblick in die Modalitäten unserer Gasfabrikation gewähren und die es auch dem Laien ermöglichte, Vergleiche zwischen unserer Production und derjenigen anderer Städte anzustellen. Mit diesen Worten und unter gleichzeitigem Danke gegen den Rath für diese Neuerung leitete der Vorsitzende des Finanz-Ausschusses der Stadtverordneten, Herr Herrmann, in der letzten Plenarsitzung der Stadtverordneten und nachdem Herr Gruner über den erwähnten Bericht referirt hatte, die nachstehenden Darlegungen ein. Man werde, so sahr Redner fort, zunächst Kenntniß zu nehmen haben von der Feststellung des Kostenpreises unseres Gases, der hier zum ersten Male in authentischer Weise erfolgt sei, eine Thatsache, an der die irrigen Ausführungen eines Rathsbeamten in einer hiesigen Vereins-Versammlung nichts ändern könnten.

Redner führt nun weiter aus, daß er Vergleiche angestellt habe zwischen den Kosten der Gaserzeugung hier und anderwärts und wenn man einen Vergleich mit Berlin, das 78 Millionen Cubikmeter producire, mit Leipzig, das nur 14 Millionen erzeuge, nicht als zutreffend erachten wolle, so werde man gegen eine Heranziehung der Dresdner Productionskosten nichts einwenden können, da Dresden etwa ebensoviel Gas erzeuge wie Leipzig. Die Unterschiede in den Erzeugungskosten seien aber ganz exorbitante. Die Ausgaben für Kohlen und Coke nach Abzug der Einnahmen für Nebenprodukte betrügen bei uns pro 1000 Cubikmeter 38.69 ℳ, in Dresden 25.62 ℳ, in Berlin 18.67 ℳ, die Ausgaben für Reinigungsmaterialien bei uns pro 1000 Cubikmeter 1.16 ℳ, in Berlin 0.11 ℳ, in Dresden nichts, da sich die Kosten durch den Verkauf der alten Reinigungsmasse decken, die Ausgabe für Arbeitslöhne betrage bei uns pro 1000 Cubikmeter 14.12 ℳ, in Dresden 5.40 ℳ, in Berlin 5.78 ℳ, die Ausgaben für Verwaltung hingegen seien in Dresden und Berlin höhere, was wohl auf den Umstand zurückzuführen sei, daß dort die verschiedenen Anstalten noch eine gemeinsame Verwaltungsspitze hätten, eine Einrichtung, die auch hier nothwendig sei. Auffällig erscheinen ferner die Ausbeute-Unterschiede, die zwischen unseren und anderen Gasfabrikationen sich herausstellen. Während nach dem vorliegenden Berichte die Anstalt I im Jahre 1885 aus 1 Tonne Kohlen 280 Cubikmeter, die Anstalt II aus dem gleichen Quantum 272 Cubikmeter gewonnen habe, und ferner die Ausbeute für 1887 mit 285 Cubikmeter für Anstalt I, mit 280 Cubikmeter für Anstalt II eingestellt sei, hätten die Dresdner Fabriken bereits im Jahre 1885 die Ausbeute auf 295 Cubikmeter gesteigert, ein ähnliches Ergebniß, das für Leipzig pro 1885 einen Verlust von 823,511 Cubikmeter, pro 1887 einen solchen von 647,205 Cubikmeter bedeute. Das seien doch sehr auffällige und für die Finanzen der Stadt sehr schwerwiegende Erscheinungen. Redner führt weiter aus, daß man darin eine schwere Klage liege, dieselbe sich nicht richten solle gegen den jetzigen Vorsteher Herrn Dr. Wangemann, dem er im Gegentheil das Zeugniß ausstellen müsse, daß er sich der ganzen Sache mit Eifer und Energie annehme und von dem er hoffe, daß er auch der Behebung der bestehenden Uebelstände seine volle Kraft schenken werde. Redner kritisirt noch die Abschreibungsmodalitäten bei unseren Gasanstalten, wofür allerdings beide Collegien die Verantwortung trügen. Die beiden Anstalten stünden mit rund 6 Millionen noch zu Buche, weitere Ausgaben, die in der neuen Anleihe vorgesehen seien, würden den Buchwerth auf rund 8 Millionen steigern. 1887 schreibe man im Ganzen 225,685 ℳ ab und die gesammte Reserve betrüge 303,000 ℳ. Dresden hingegen habe 1885 236,197 ℳ abgeschrieben und dem Reservefonds 528,518 ℳ überwiesen und während seine Fabriken mit 4,954,320 ℳ zu Buche stünden, besitze es einen Reservefonds von 4,967,940 ℳ. Wolle man die Dresdner Gasflugenheiten (Gaspreise 18 bez. 12 ₰), Abschreibungen rc., mit einem Schlage auf Leipzig übertragen, so würden unsere Gasanstalten 1887 einen Gewinn von 188,674 ℳ machen. Redner richtet nochmals die Bitte an den Rath, Wandel in allen diesen Dingen zu schaffen, und wenngleich er zu dem Herrn Stadtrath Dr. Wangemann das Vertrauen habe, daß er seine ganze Kraft in dieser Richtung einsetzen werde, habe er es doch für seine Pflicht gehalten, diese Dinge, nachdem sie zu seiner Kenntniß gekommen waren, hier zur Sprache zu bringen.

Herr Stadtrath Dr. Wangemann dankte dem Herrn Vorredner für das Vertrauen, das er in ihn setze, und sprach die Bitte aus, daß auch der Gas-Ausschuß für die angestrebte Reform auf dem Gebiete des Gasbeleuchtungswesens seine Kräfte mit einsetzen werde. Die von Herrn Herrmann angeführten Zahlen seien zutreffend. Ein Umstand müsse allerdings mit berücksichtigt werden, die Thatsache, daß die Gasanstalt I leider noch in dem Stadium der alten Einrichtungen von vor etwa 20 Jahren sich bewege, und an welcher alle Neuerungen der Gastechnik spurlos vorübergegangen seien. Was die Gasanstalt II anlange, so werde dort mit billigerer Kohle gearbeitet und die Verwendung der sächsischen Kohle habe ein günstiges Ergebniß geliefert; aber auch der Coxum habe sich durch Herabsetzung der Gaspreise für Motoren erheblich gesteigert und zwar im letzten Jahre um den vierfachen Betrag, d. h. von 11,000 auf 44,700 ℳ, gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres. Man hoffe aber weiter, vielleicht durch Herabsetzung des Gaspreises der gesährlichen Concurrenz der Petroleumbeleuchtung begegnen zu können (obwohl dies nur seine persönliche Meinung sei), während die electrische Beleuchtung keinen hindernden Einfluß auf den Gasconsum ausüben, vielmehr letzteren eher heben werde. Er könne nur die Versicherung geben, daß von Seiten des Rathes Alles geschehen werde, was in dessen Kräften stehe, es würden sich unter solchen Umständen auch die Einnahme nicht bedeutend verringern, vielmehr, nachdem einige sogenannte Uebergangsjahre überstanden, wieder bessere Resultate erzielt werden.

Herr Director Dr. Jerusalem bezeichnete es als traurig, wenn vom Rathstische aus gesagt werden müsse, daß alle Neuerungen an der alten Anstalt spurlos vorübergegangen seien. Unter solchen Umständen erscheine die Frage wohl berechtigt, wem denn eigentlich die Schuld daran treffe und wer die Controle darüber auszuüben habe.

Herr Dr. Wangemann erklärte hierauf, daß ein Theil dieser Schuld auf die Hinausschiebung der schon vor Jahren beantragten Verbesserungen falle, die jedoch vom Collegium abgelehnt worden seien und zwar namentlich deshalb, weil man für den Umbau keine Reserve-Anstalt hatte. Hierauf entgegnete Herr Herrmann, daß die Schuld der geringen Uebelstände, die in der That als schwere bezeichnet werden müßten, doch wohl der Verwaltung zuzuschreiben sein dürfte, da, so lange er im Collegium sitze, dasselbe, Einrichtungen, die wirklich zur Verbesserung der Gasanstalt und des Betriebes dienen konnten, noch nie abgelehnt habe. So schwer es übrigens werden möge, den Gewinn der Gasanstalt verkürzt zu sehen, werde man doch höhere Abschreibungen vornehmen müssen. Redner legte diese Nothwendigkeit eingehender dar und bat wiederholt um Abstellung der gerügten Uebelstände. Der Herr Vorsteher, Justizrath Dr. Schill, erklärte, daß das Collegium nur die Aufstellung eines Teleskop-Gasometers der alten Gasanstalt abgelehnt habe und man es daher nicht als gerechtfertigt erachte Beschlüsse des Collegiums zur Motivirung der Zustände der Gasanstalt I heranzuziehen. Der Herr Vorsteher gab die erwähnten Abschreibungen in Vergleich zu anderen Städten als niedrig zu, indessen beruhen dieselben auf einem alten Abkommen zwischen dem Rath und den Stadtverordneten; er ersuche auch Herrn Herrmann bei, daß man eine Erhöhung der Abschreibungen im Auge behalten müsse, allein diese Maßnahmen könne er jetzt allein und für sich ausgeführt, nicht gut heißen, bevor nicht Maßnahmen getroffen, welche eine weitere Erhöhung der Steuern umgehen lassen. Herr Herrmann bemerkte hierauf, daß es auch nicht seine Absicht sei, jetzt und ohne Weiteres eine Erhöhung der Abschreibungen zu befürworten; allein man werde für die Dauer mit den bisherigen Abschreibungen nicht zukommen, wenn man nicht etwa dagegen den Buchwerth herabdrücken wolle. Thatsache sei, daß in anderen Städten, z. B. in Dresden, große Abschreibungen gemacht und dennoch große Gewinne erzielt werden. An der Debatte betheiligten sich weiter noch die Herren: Director Dr. Jerusalem, Stadtrath Dr. Wangemann, Oehler, Landgerichts-Director Schmidt, welch Letzterer Verwahrung dagegen einlegte, daß der Versuch gemacht werde, die Verantwortung für die jetzigen Zustände dem Collegium zuzuschieben.

## Vermischtes.

— Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht:

In den Feuilletons der Tagesblätter macht ein Artikel über „Kostbares Pelzwerk" die Runde, über welches angeblich der französische Handelsminister „verblüffende Enthüllungen" von einem zur Kürschnerei-Ausstellung delegirten Kürschnermeister erhalten hat.

Der kleine Artikel ist sehr amüsant geschrieben und dies ist wohl der Hauptgrund der großen Verbreitung, die er gefunden hat, aber er hat den Fehler, daß fast alle die darin aufgestellten Behauptungen unwahr, die wenigen Thatsachen dagegen so übertrieben sind, daß gewiß jeder Fachmann beim Lesen desselben gleich mit denen übergezogen ist, daß nicht ein Kürschnermeister oder sonstiger Sachverständiger der Verfasser dieser „verblüffenden Enthüllungen" sein kann.

Es ist eine Thatsache, daß Frankreich jährlich ein sehr großes Quantum Kaninchenfelle producirt, welche letztere, und zwar größtentheils in Belgien, gefärbt und verschieden präparirt werden, unter den technischen Bezeichnungen als Lapin lustré, ejarré, rasé rc. rc. in den Handel kommen und hauptsächlich in England und Amerika für billige Damen-Confection verbraucht werden. Verkauft werden letztere in diesen Ländern fast ausschließlich von den Modewaaren-Handlungen, nicht von den Kürschnergeschäften.

Ferner ist es Thatsache, daß ganz besonders in Paris, welches in erster Linie die Damen-Mode bestimmt, die großen Kostenartikel-Fabrikanten jeder Form, die sie erfinden, jeden Stoff, jedem Besatz, den sie verarbeiten, einen Namen geben, welcher oft genug phantastisch und hochklingend geringwerthige Waare mit stolzer Flagge deckt und einführt.

Es mag vorkommen, daß, wenn Jemand in Frankreich, England oder Amerika in einer Confections- und Modewaarenhandlung mit Pelzwerk verbrämte Sachen kauft, denn auf solche beschränkt sich diese Specialität hauptsächlich, er simples französisches Kanin oder russischen Hasen rc. unter einem großen Namen kauft und weit über den reellen Werth bezahlt. Der Verkäufer ist ja nur während der Wintersaison Händler mit Pelzwerk und weiß meistens selbst nicht, was er verkauft.

Es ist aber auch Thatsache, daß es keinem achtbaren Kürschner einfallen kann und wird, seinen Kunden Pelzwerk unter einem falschen Namen zu verkaufen, und ich nehme in dieser Beziehung auch meine Collegen in Frankreich, wo ich eine große Zahl der achtungswerthesten Herren kenne, nicht aus, ganz abgesehen davon, daß man ein solches Verfahren in Deutschland mit dem Namen „Betrug" mit Recht bezeichnen und noch Besonders criminell bestrafen würde.

Alles Uebrige der „verblüffenden Enthüllungen" ist erfunden und die darin aufgestellte Behauptung: daß die französischen Kaninchenbälge mindestens zwei Drittel alles Pelzwerkes liefern, welches in der ganzen Welt verbraucht wird, einfach Unsinn. Der Verfasser scheint keine Ahnung zu haben, welches enorme Quantum werthvoller Pelzfelle allein Nordamerika, Rußland, Schweden rc. jährlich produciren und zum großen Theil nach Leipzig liefern.

Wenn ich dazu übergegangen bin, vorstehende Erwiderung niederzuschreiben, so geschah dies, weil ich in den letzten Tagen vielfach von hochangesehenen Herren über den Werth der französischen Veröffentlichung gefragt worden bin und weil das Kürschnergewerbe ein vorzugsweise auf das Vertrauen der Kundschaft basirtes Geschäft ist. Ich hoffe deshalb auch, daß alle diejenigen Blätter, welche die „verblüffenden Enthüllungen" gebrac